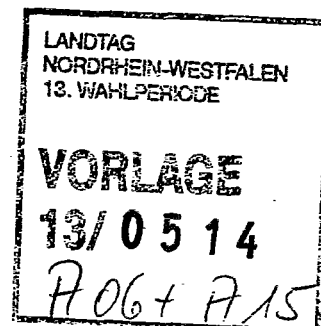


## **Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuss



**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

**Einzelplan 04 - Justizministerium**

- Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Rechtsausschusses**

### **Beschlussempfehlung**

Der Einzelplan 04 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Rechtsausschuss hat den Einzelplan 04 in seinen Sitzungen am 31. Januar 2001 und 7. März 2001 beraten.

### **B Anträge der Fraktionen**

Die Anträge der Fraktionen sind aus der Anlage ersichtlich. Die Begründungen zu den jeweiligen Anträgen und die Einzelabstimmungsergebnisse sind ebenfalls in der Anlage aufgeführt.

### **C Gesamtabstimmung**

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 04 unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. vom Ausschuss angenommen.

Dr. Robert Orth  
Vorsitzender

**Anlage**

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 04  
im Rechtsausschuss  
zum Haushaltsgesetz 2001

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 04 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 531 11 Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p>von 220 600 DM</p> <p>um 70 600 DM</p> <p>auf 150 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Aufgrund der angespannten Haushaltslage sind drastische Kürzungen der Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Zusammen mit den Ausgaben bei Titel 531 12 bleibt der Ansatz für die Öffentlichkeitsarbeit insgesamt ausreichend.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. Enthaltung</p> <p>GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p><b>Kapitel 04 210</b> Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p><b>Titel 422 10</b> Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Zugang von 6 Planstellen der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO</p> <p>Abgang von 6 Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. BBesO</p> <p>Begründung: Durch die Änderung des Stellenplans wird den Rechtspflegern, in der Position der Geschäftsleiter, eine Besoldung gewährleistet, die im Hinblick auf ihre gestiegenen Tätigkeiten, zum Beispiel im Bereich der Budgetierung und Flexibilisierung, zwingend ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. Enthaltung</p> <p>GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	F.D.P.	<p><b>Kapitel 04 210</b> Gericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p><b>Titel 422 10</b> Aufnahme des folgenden Haushaltsvermerks:</p> <p>Zu den Stellen für beamtete Hilfskräfte der Bes.Gr. A9 g. D.:</p> <p>80 im Haushaltsgesetz bereits bis zum 31.12.2003 verlängerte kw-Vermerke (davon ursprünglich 45 kw 31.12.2000/ davon ursprünglich 35 kw 31.12.2000) werden mit der Maßgabe verknüpft, dass diese Stellen ausschließlich für die Übernahme von Anwärtern im gehobenen Dienst (Besoldungsgruppe A 9) als Hilfsbeamte der Gerichtsvollzieher genutzt werden. Im gleichen Umfang werden Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 gehobener Dienst mit einem ku-Vermerk - umzuwandeln nach Planstellen der Bes.Gr. A 8 m.D. - zum 31.12.2003 ver- sehen.</p> <p>Kostenneutral</p> <p>Begründung: Im Gerichtsvollzieherdienst ist eine Stärkung dringend notwendig. Derzeit ergibt sich für das Haushaltsjahr 2001 ein Stellenbefehlbestand von 35 %. Der Gerichtsvollzieherdienst hat durch die am 01.01.1999 in Kraft getretene zweite Zwangs-</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD            nein CDU            ja F.D.P.        ja GRÜNE       nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 3		<p>vollstreckungsnovelle, aufgrund der nunmehr auch eine Zuständigkeit für die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung besteht, erhebliche Mehrbelastungen zu verkraften. Ein Ausgleich durch Stellenverlagerungen vom gehobenen Justizdienst, der vorher für die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung zuständig war, hin in den Gerichtsvollzieherdienst ist bisher nur in geringem Umfang erfolgt. In der Praxis kommt es daher zu erheblichen Verzögerungen und Engpässen bei der Bearbeitung von Vollstreckungsaufträgen durch die Gerichtsvollzieher. Die Verzögerungen sind der Bevölkerung nicht weiter zu zumuten.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
4	SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 04 210</b> Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p><b>Titel 684 10</b> Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe</p> <p>Erhöhung des Ansatz</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>3 108 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>592 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3 700 000 DM</td> </tr> </table> <p>Begründung: Bei den Änderungsanträgen 4, 5, 6 und 12 handelt es sich um wesentliche Bereiche rot/grüner Rechtspolitik in NRW, die auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Die vorgesehenen Kürzungen würden die Projekte gefährden. Deshalb ist mindestens eine Wiederherstellung des Ansatzes des Haushaltsjahres 2000 notwendig.</p> <p>Deckung: Deckung bei Kapitel 04 250 Titel 532-00 "Auslagen in Rechts-sachen".</p>	von	3 108 000 DM	um	592 000 DM	auf	3 700 000 DM	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>
von	3 108 000 DM								
um	592 000 DM								
auf	3 700 000 DM								

Anlage zu Vorlage 13/5/14

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 04 210</b> Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p><b>Titel 684 20</b> Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit</p> <p>Erhöhung des Ansatz</p> <p>von 420 000</p> <p>um 80 000</p> <p>auf 500 000</p> <p>Begründung: Bei den Änderungsanträgen 4, 5, 6 und 12 handelt es sich um wesentliche Bereiche rot/grüner Rechtspolitik in NRW, die auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Die vorgesehenen Kürzungen würden die Projekte gefährden. Deshalb ist mindestens eine Wiederherstellung des Ansatzes des Haushaltsjahres 2000 notwendig.</p> <p>Deckung: Deckung bei Kapitel 04 250 Titel 532 00 "Auslagen in Rechts-sachen".</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 04 210</b> Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p><b>Titel 684 30</b> Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern</p> <p>Erhöhung des Ansatz</p> <p>von 714 000</p> <p>um 136 000</p> <p>auf 850 000</p> <p>Begründung: Bei den Änderungsanträgen 4, 5, 6 und 12 handelt es sich um wesentliche Bereiche rot/grüner Rechtspolitik in NRW, die auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Die vorgesehenen Kürzungen würden die Projekte gefährden. Deshalb ist mindestens eine Wiederherstellung des Ansatzes des Haushaltsjahres 2000 notwendig.</p> <p>Deckung: Deckung bei Kapitel 04 250 Titel 532 00 "Auslagen in Rechts-sachen"</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	<p><b>Kapitel 04 230</b> Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster</p> <p><b>Titel 422 10</b> Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Die 8 Stellen der bei den Richtern und Richterinnen der Bes.Gr. R 2 BBesO bis zum 31.12.2002 gestellten kw-Vermerke werden um 2 Jahre, bis zum 31.12.2004 kw verlängert.</p> <p>Begründung: Die im Haushalt bis zum 31.12.2002 kw gestellten Stellen beruhen auf den Geschäftszahlen des Jahres 1994. Die Eingangszahlen sind in den letzten Jahren jedoch gestiegen. Zur Verringerung der erheblichen Bestände an unerledigten Verfahren ist eine Verlängerung des kw-Vermerks geboten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD            nein  CDU            ja  F.D.P.        Enthaltung  GRÜNE       nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 04 250 Landesozialgericht und Sozialgerichte</p> <p>Titel 532 00 Auslagen in Rechtssachen</p> <p>Absenkung des Ansatzes</p> <p>von 48 900 000 DM</p> <p>um 1 322 000 DM</p> <p>auf 47 578 000 DM</p> <p>Begründung: Deckung der Änderungsanträge 4, 5, 6 und 12.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>F.D.P. Enthaltung</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
9	CDU	<p><b>Kapitel 04 410</b> Justizvollzugseinrichtungen</p> <p><b>Titel 422 10</b> Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>447 793 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>800 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>448 593 000 DM</td> </tr> </table> <p>1. Zugang von 30 Planstellen der Bes.Gr. A 10 BBesO Abgang von 30 Planstellen der Bes.Gr. A 9 m.D. mit Zulage BBesO.</p> <p>2. Zugang von 20 Planstellen der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO Abgang von 2 Planstellen der Bes.Gr. A 13 g.D. BBesO 2 Planstellen der Bes.Gr. A 12 BBesO 4 Planstellen der Bes.Gr. A 11 BBesO 12 Planstellen der Bes.Gr. A 10 BBesO.</p> <p>Begründung: Die Aufstockung des Titels soll gebotene strukturelle Verbesserungen ermöglichen. Es ist zu erwarten, dass der Mittelansatz nicht in vollem Umfang ausgeschöpft wird. Denn die meisten der Beamtinnen und Beamten erhalten aufgrund des Dienst-</p>	von	447 793 000 DM	um	800 000 DM	auf	448 593 000 DM	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enthaltung GRÜNE nein</p>
von	447 793 000 DM								
um	800 000 DM								
auf	448 593 000 DM								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 9		<p>rechtsreformgesetzes infolge der Umwandlung der Dienstalters in Leistungsstufen aus Gründen der Besitzstandswahrung eine Überleitungszulage, weil sie durch die Reform eine Rückstufung in den Leistungsstufen erfahren haben. Diese Überleitungszulage wird durch Beförderungen und den Leistungsstufenaufstieg ggf. um den vollen Erhöhungsbetrag aufgezehrt.</p> <p>zu 1. Durch die Änderung des Stellenplans wird eine Besoldung gewährleistet, die im Hinblick auf die Tätigkeit zwingend erforderlich ist. In den meisten Vollzugeinrichtungen des Landes werden die Spitzenfunktionen der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes aus Ämtern der BesGr. A 9 mit Amtszulage BBesO besoldet. Damit unterscheidet sich die Besoldung grundsätzlich nicht von der von nachgeordneten Kräften.</p> <p>zu 2. Durch die Änderung des Stellenplans wird den stellvertretenden Anstaltsleitern mittelgroßer Vollzugsanstalten, die zugleich Verwaltungsleiter sind und deren Dienstvorsetzte in der Besoldungsgruppe A 15 bzw. A 16 besoldet werden, sowie den Verwaltungsleitern größerer Vollzugsanstalten, eine angemessene Besoldung gewährleistet und die Besoldung dem Maß ihrer Verantwortung angepasst.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																		
10	CDU	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen</p> <p>Titel 422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlingen)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table data-bbox="718 611 829 1525"> <tr> <td>von</td> <td>16 663 000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2 500 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>19 163 000 DM</td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Zahl der Einstellungsermächtigungen für</p> <ol data-bbox="941 611 1356 1525" style="list-style-type: none"> <li>1. Oberwerkmeisteranwärter/ Oberwerkmeisteranwärterinnen der Bes.Gr. A 7 BBesO <table data-bbox="1021 1254 1133 1525"> <tr> <td>von</td> <td>26</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>25</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>51</td> </tr> </table> </li> <li>2. Justizvollzugsoberssekretärinnen/Justizvollzugsoberssekretärinnen der Bes.Gr. A 7 BBesO <table data-bbox="1244 1254 1356 1525"> <tr> <td>von</td> <td>283</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>100</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>383</td> </tr> </table> </li> </ol>	von	16 663 000 DM	um	2 500 000 DM	auf	19 163 000 DM	von	26	um	25	auf	51	von	283	um	100	auf	383	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE nein</p>
von	16 663 000 DM																				
um	2 500 000 DM																				
auf	19 163 000 DM																				
von	26																				
um	25																				
auf	51																				
von	283																				
um	100																				
auf	383																				

Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 10		<p>Begründung:  Die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen ist nach wie vor angesichts des eklatanten Personalbedarfs im Strafvollzug unumgänglich, um zumindest die durch altersbedingtes oder außerordentliches Ausscheiden verursachten Abgänge ausgleichen zu können. Daher müssen bis zum Jahr 2005 zusätzliche 250 Einstellungen erfolgen. In einem ersten Schritt sind daher 125 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für 2001 vorzunehmen. Weitere 125 erfolgen 2002.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	F.D.P.	<p><b>Kapitel 04 410</b> Justizvollzugseinrichtungen</p> <p><b>Titel 425 10</b> Bezüge der Angestellten</p> <p>Die kw-Vermerke zum 30.06.2001 von 112 Stellen Vergütungsgruppe VII/VIII BAT (DAO6) im allgemeinen Justizvollzug werden bis zum 31.12.2002 verlängert.</p> <p><b>Kosten:</b> Der Haushalt 2001 wird mit 6/12 des Jahresgehaltes für 112 Stellen Vergütungsgruppe VII/VIII BAT belastet, das entspricht einem Betrag von 3,5 Mio. DM.</p> <p><b>Begründung:</b> Die Sicherheitslage im geschlossenen Vollzug hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Nach eigenen Ausführungen der Landesregierung zum Haushalt 2001 Kapitel 04 410 "Gesamtüberblick über den Haushalt im Einzelplan 04 Justizministerium - Anlagenband Personalbedarfsrechnung" (Seite 64) erklärt die Landesregierung: "... Unter Sicherheitsgesichtspunkten ist das im geschlossenen Vollzug tätige Personal des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes kaum noch ausreichend." Zwar kommen 125 Stellen im allgemeinen Justizvollzug dazu. Die neuen Stellen kompensieren aber nur den Wegfall der zum 30.06.2001 kw-gestellten 112 Stellen. Der vom Ministerium für notwendig gehaltene Mehrbedarf, um die</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>



Anlage zu Vorlage 13/514

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
zu 11		<p>notwendige Sicherheit zu gewähren, einen funktionierende Vollzug zu ermöglichen sowie die aufgelaufenen und noch zu erwartenden Überstunden zu kompensieren, wird nicht erreicht, wenn Mitte des Jahres zum 30.06.2001 112 Stellen im Wegfall geraten.</p> <p>Die kw-Vermerke bei den 112 Stellen sind daher vorläufig nur bis zum 31.12.2002 zu verlängern, um zunächst die allgemeine Personalentwicklung und die Belegung im Strafvollzug abzuwarten.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 04 410</b> Justizvollzugseinrichtungen</p> <p><b>Titel 684 20</b> Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs</p> <p>Erhöhung des Ansatz</p> <p>von 2 016 000</p> <p>um 514.000</p> <p>auf 2 530 000</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Bei den Änderungsanträgen 4, 5, 6 und 12 handelt es sich um wesentliche Bereiche rot/grüner Rechtspolitik in NRW, die auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurden. Die vorgesehenen Kürzungen würden die Projekte gefährden. Deshalb ist mindestens eine Wiederherstellung des Ansatzes des Haushaltsjahres 2000 notwendig.</p> <p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Die Erläuterung zum Titel 684 20 werden wie folgt ergänzt: Die Fachstelle für Täter-Opfer-Ausgleich Vest in Gelsenkirchen-Marl erhält 130 000 DM.</p> <p><b>Deckung:</b></p> <p>Deckung bei Kapitel 04 250 Titel 532 00 "Auslagen in Rechts-sachen".</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. nein</p> <p>GRÜNE ja</p>

Finanzministerium  
des Landes Nordrhein - Westfalen

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2001.

Einzelplan 04: Justizministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Einzelplan 04:** Justizministerium  
**Anlage:** - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
<b>04 210</b>	<b>Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
684 10	Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe	3.108.000	+ 592.000	3.700.000
684 20	Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit	420.000	+ 80.000	500.000
684 30	Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern	714.000	+ 136.000	850.000
<b>04 250</b>	<b>Landessozialgericht und Sozialgerichte</b>			
	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben</b> (Hinweis: Haushaltsvermerke bleiben unverändert)			
532 00	Auslagen in Rechtssachen	48.900.000	- 1.322.000	47.578.000
<b>04 410</b>	<b>Justizvollzugseinrichtungen</b>			
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>			
684 20	Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs	2.016.000	+ 514.000	2.530.000
	Ergänzung der bisherigen Erläuterungen: Die Fachstelle für Täter-Opfer-Ausgleich Vest in Gelsenkirchen-Marl erhält 130.000 DM.			
	<b>Hinweis:</b> Der Einzelplanabschluss bleibt unverändert.			